

Blochers Bollwerk bröckelt

Mitgliederschwund, Defizitwirtschaft, vakante Posten: Krisensymptome bei der Auns

Von Christoph Lenz

Zürich. Pulverdampf und Pistolenrauch im Bundeshaus: Der Nationalrat debattiert heute zum zweiten Mal über eine Anpassung des Waffenrechts zur Terrorprävention. Sie soll verhindern, dass die EU die Schweiz aus dem Schengen-Abkommen ausschliesst. Die Waffenrichtlinie wird von rechts vehement bekämpft. Sie stelle eine Entmündigung der Bürger dar, klagte die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) letzte Woche. Man werde notfalls das Referendum ergreifen.

Allerdings war es um die Drohmacht der Auns auch schon besser bestellt. Zu ihren besten Zeiten zählte sie fast 50 000 Mitglieder. Ihre zahlungskräftigen Hintermänner, der enorme Einsatzwille der Basis und die nach militärischem Vorbild gebaute Struktur mit Dutzenden regionalen Stützpunkten trugen massgeblich zu Blochers grösstem Triumph bei, dem Nein zum EWR-Beitritt im Dezember 1992. Die Auns bestimmte fortan als stets kampfbereite Organisation die Europadebatte. Sie sei ein «Stosstrupp der Unabhängigkeit und Bollwerk der Neutralität», so Blocher.

Doch die Auns ist mit ihrem Gründer und Vordenker gealtert. Jetzt lichten sich die Reihen. Die Mitgliederzahl ist auf 30 000 gesunken. Man habe sehr engagierte Leute «infolge Todesfalls» verloren, heisst es im Jahresbericht von 2017. Es handle sich um Angehörige der EWR-Generation, leidenschaftliche Kämpfer und grosszügige Gönner. Ihr Fehlen werde auch in der Auns-Kasse spürbar sein.

Reimanns Defizite

Das ist umso problematischer, als die Auns finanziell bereits stürmische Jahre hinter sich hat. Der Verein versucht derzeit mit einem «rigorosen Sparprogramm» (Auns-Jahresbericht) die Ausgaben zu senken. Man hat Stellen gestrichen, alle Zeitungsabos gekündigt und sieht sich in Bern nach einem günstigeren Domizil um (die



«Politischer Ernstkampf». Präsident Lukas Reimann hofft auf die heilende Wirkung der nächsten Schlacht. Foto Keystone

repräsentativen Büros im Berner Kirchenfeldquartier stammen noch aus der Ära Blocher). Dieser Korrektur bei den Ausgaben gingen Jahre der Defizitwirtschaft voraus: In den vier Jahren unter dem St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat die Auns fast eine Million Franken verbrannt, vor allem für Inserate und Versammlungen mit Gästen wie dem damaligen Ukip-Chef Nigel Farage oder der damaligen AfD-Chefin Frauke Petry. In der Kasse befinden sich jetzt noch 1,3 Millionen.

Auns-Mitglieder monieren hinter vorgehaltener Hand, Präsident Lukas Reimann verzettelt sich, statt sich um seine Kernaufgaben zu kümmern, nämlich die Erneuerung des Vereins und die Pflege der Strukturen. Denn auch dort, bei den einst so wichtigen Stützpunkten, sind Zerfallserscheinungen bemerkbar. Nur noch zehn regionale Auns-Stützpunkte haben derzeit einen Chef. In wichtigen Kantonen wie

Zürich, Aargau und Luzern sind die Posten verwaist, teils seit Jahren.

Präsident Lukas Reimann weist Kritik an seiner Rolle zurück. «Eine Auns, die viel Geld ausgibt und viel bewegt, ist mir lieber, als eine Auns mit einem vollen Konto und einer leeren Agenda.» Zudem seien alle Mehrausgaben vom Vorstand einstimmig genehmigt worden. Mit dem Sparprogramm habe man die Kosten aber in den Griff gekriegt, sie seien heute viel tiefer als zu Zeiten Blochers.

«Warterei war schwierig»

Auch sei es falsch, von einem Mitgliederschwund zu schreiben. «Über Social Media verzeichnen wir sehr viele Beitritte von jungen Leuten», sagt Reimann. «Was aber schon ein Problem ist: Die Jungen zahlen einfach ihre 35 Franken Mitgliederbeitrag im Jahr, nicht jeden Monat 1000 Franken wie einige der Kämpfer der ersten Stunde.»

Der St. Galler SVP-Nationalrat sieht das Hauptproblem der Auns bei der politischen Agenda. «Wir warten jetzt schon seit mehreren Jahren auf einen politischen Ernstkampf.» Man habe auf zahlreiche Aktionen verzichtet, um alle Kräfte auf den Widerstand gegen das institutionelle Rahmenabkommen zu konzentrieren. Christoph Blocher habe mehrfach gewarnt, dass der Rahmenvertrag bald kommen würde. «Wie sich zeigte, war diese Einschätzung falsch», so Reimann. «Diese Warterei war schwierig, das gebe ich zu.»

Er höre oft den Vorwurf, dass die Auns zu wenig aktiv sei. Die Leute an der Basis wollten kämpfen. Die Abstimmungen über die Selbstbestimmungsinitiative Ende November und die Waffenrichtlinie – wahrscheinlich im Mai – kämen daher gelegen, so Reimann. Die Auns werde hier eine wichtige Rolle spielen. «Nicht mit Millionen, aber mit Herzblut.»

Zweite Attacke auf die Schweiz

Russische Spione hatten auch Wada in Lausanne im Visier

Bern. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat den russischen Botschafter in Bern einberufen, um gegen den Angriffsversuch zweier seiner Spione zu protestieren. Das EDA «verlangte von Russland, sofort seine Spionageaktivitäten auf Schweizer Territorium zu stoppen». Die Kontrollen der Akkreditierung von Diplomaten seien zudem verstärkt worden.

Die russische Botschaft wies die Schweizer Vorwürfe am Samstag zurück. «Wir erachten derartige Interventionen schlichtweg als absurd, sie können als nichts anderes bezeichnet werden als ein neuer Versuch, die russlandfeindliche Stimmung anzuheizen.»

Russischer Botschafter einberufen

Die Spione waren im Frühjahr auf dem Weg zum Labor Spiez in den Niederlanden festgenommen und zurückgeschickt worden. Den beiden wird vorgeworfen, dass sie das Labor Spiez auskundschaften wollten. Die vom Bund betriebene Einrichtung war an Analysen im Fall des vergifteten Agenten Sergej Skripal beteiligt. Über den Fall hatten der *Tages-Anzeiger* und die niederländische Zeitung *NRC Handelsblad* am Donnerstag berichtet.

Gegen die beiden Spione läuft zudem ein Verfahren wegen einer Cyberattacke auf die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada), die ihren Europa-Sitz in Lausanne hat. Dabei geht es um den Verdacht des politischen Nachrichtendienstes. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bestätigte, er sei auf dem Laufenden, was die Festnahme in den Niederlanden und die Wegweisung der beiden Spione betreffe. Der NDB habe «aktiv an dieser Operation teilgenommen». Dadurch habe man zur Verhinderung illegaler Aktionen gegen eine kritische Schweizer Infrastruktur beigetragen.

Dass sich unter ausländischen Diplomaten Spione befinden, ist ein offenes Geheimnis. Der Bundesrat schrieb im März in seinem Geschäftsbericht 2017, es lasse sich eine erhebliche Zahl von «Nachrichtendienstoffizieren unter diplomatischer Tarnung» feststellen. Bei einem Staat bestehe «der begründete Verdacht, dass mehr als ein Viertel des diplomatischen Personals nachrichtendienstlich tätig ist».

Um welchen Staat es sich dabei handelt, wird nicht erwähnt. Auch der Verteidigungsminister wollte den Staat nicht nennen. Laut *Sonntagszeitung* und *Le Matin Dimanche* soll es sich um Russland handeln. Der NDB wollte dies nicht kommentieren. SDA

Nachrichten

Direktzahlungen an über 7000 Bauern gekürzt

Bern. Der Bund hat im vergangenen Jahr 7145 Landwirtschaftsbetrieben die Direktzahlungen gekürzt, weil sie gegen die Vorschriften verstiessten. In zahlreichen Fällen ging es um Tierwohl oder Tierschutz – etwa den Auslauf für Kühe. Damit sind rund 16 Prozent der subventionierten Betriebe die Direktzahlungen gekürzt worden, wie die *Sonntagszeitung* berichtete. Das Wirtschaftsdepartement bestätigte die Zahlen des Bundesamts für Landwirtschaft. Demnach sind im Jahr 2017 rund 2,8 Milliarden Franken an Direktzahlungen an über 45 000 Betriebe bezahlt worden. SDA

EVP verfasst Abstimmungsparolen

La Neuveville (BE). Die EVP Schweiz empfiehlt ein Nein zur Selbstbestimmungs-Initiative der SVP. Ihre Delegierten fassten die Parole am Samstag in La Neuveville (BE). Die Initiative schwäche die Schweiz, den Wirtschaftsstandort, die Demokratie und vor allem die Menschenrechte, sagte Parteipräsidentin Marianne Streiff. Stimmfreigabe beschlossen sie zur Überwachung von Sozialversicherten, und Ja sagten sie zur Hornkuh-Initiative. Abgestimmt wird am 25. November. SDA

Mit der Zustimmung zum Steuerdeal hat sich die FDP von ihren Grundprinzipien entfernt.

Ein Verrat am Liberalismus

Von Werner Hug

Die FDP hat mit der Verknüpfung der Steuervorlage 17 mit der AHV ihre ideologische Basis aufgegeben und damit das bewährte 3-Säulen-System torpediert. Der Zweck heiligt zwar die Mittel. Die grossen Konzerne erhalten Rechtssicherheit. Aber das Verlassen der Grundprinzipien des Liberalismus mit der Zustimmung zum Kuhhandel zur Verknüpfung von Steuern und AHV wiegt schwerer. Das gilt ganz besonders in der Sozialpolitik.

In einem liberalen Staat ist das Individuum die kleinste Einheit. Nicht der Staat, sondern der Einzelne trägt die Verantwortung für sich selbst zuerst. Der Staat soll für günstige Rahmenbedingungen sorgen und das Individuum lediglich in Notfällen schützen.

Im Sozialismus soll der Staat dafür sorgen, dass der von ihnen definierte wirtschaftlich Schwache vom Staat unterhalten wird. Die finanziellen Mittel dazu holen sich die Sozialisten von den «Reichen», also über progressive Steuern und Umverteilungen von hohen zu tiefen Einkommen.

In keinem anderen Staat der Welt ist die Beitragspflicht nach oben uneingeschränkt.

In der AHV ist die Umverteilung von hohen zu geringen Löhnen besonders ausgeprägt. In keinem anderen Staat der Welt ausser der Schweiz ist die Beitragspflicht nach oben unbeschränkt. Lohnneinkommen über 84 600 Franken wirken über die AHV-Beiträge somit wie eine zusätzliche Steuer. Die Linken weisen stolz darauf hin, dass in unserem Land 93 Prozent der AHV-

Rentenempfänger ihre Renten mit ihren Beiträgen nicht finanziert haben. Sieben Prozent der AHV-Pflichtigen tragen somit dazu bei, dass die kleinen und mittleren Einkommen eine garantierte Rente erhalten, die sie nie finanziert haben. Die «Reichen» bezahlen auf allen Löhnen über 85 000 Franken deutlich mehr AHV-Beiträge, aber sie erhalten im Maximum eine monatliche Rente von 2350 Franken.

Deswegen ist die SP so erfreut darüber, dass die AHV über den Steuerdeal mehr Gelder insbesondere von den hohen Einkommen erhält. Wer heute 50 000 Franken im Jahr verdient, der bezahlt mit der Steuervorlage 17 künftig für die von 8,4 auf 8,7 Prozent erhöhten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen nur 150 Franken oder als reiner Arbeitnehmerbeitrag nur 6,25 Franken mehr pro Monat. Demgegenüber bezahlt der Top-Manager mit 5 Millionen Salär anstatt 420 000 435 000 Franken. Seine jährliche AHV-Rente – falls er 44 Jahre lang einbezahlt hat – beträgt ebenfalls nur 2350 Franken. Ohne diese eingewanderten ausländischen Manager, die kaum je 44 Beitragsjahre aufweisen dürften, wäre die AHV bereits seit Jahren im Defizit.

Die SP ist deshalb grundsätzlich daran interessiert, dass der AHV mehr Mittel insbesondere über AHV-Beiträge und nicht über Mehrwertsteuererhöhungen zukommen. Höhere AHV-Beiträge und flexibles Rentenalter sollen bereits für geringe Einkommen mit Erziehungs- und Betreuungsgutschriften ab Alter 62 eine Maximalrente generieren.

Alle SP-Exponenten haben unmissverständlich klar deklariert, dass mit der in der Steuervorlage 17 vorgesehene Finanzierung der AHV von zwei Milliarden Franken die Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 64 auf 65

vom Tisch ist. Von notwendigen weiteren Sanierungsmassnahmen wollen sie nichts wissen.

Mit der Zustimmung der FDP zu diesem Steuerdeal hat sich die Gründerpartei des Bundesstaates von ihren Idealen abgewendet. Hätte sie die Eigenverantwortung in den Vordergrund gerückt, hätte sie die zum Überleben der AHV notwendige Zusatzfinanzierung auf die kommende AHV-Reform, die Neuformulierung der gescheiterten Altersvorsorge 2020, verschoben. Denn die AHV braucht dringend weitere finanzielle Mittel.

Die Reichen sollen das Ganze finanzieren. Die haben ja sowieso genug.

Aber nicht über AHV-Beitrags erhöhungen, sondern über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Denn die obligatorische 2. Säule, die eine Senkung des Umwandlungssatzes benötigt, ist nur über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zu sanieren. Höheren Beiträgen für die berufliche Vorsorge werden die Sozialdemokraten kaum zustimmen. Ebenso wird die SP gegen höhere Mehrwertsteuern opponieren, denn diese treffen insbesondere die kleinen Einkommen. Also: Mehr AHV-Beiträge und höhere Einkommenssteuern. Die «Reichen» sollen das Ganze finanzieren. Die haben ja sowieso genug.

Mit der Zustimmung der Liberalen zur Steuervorlage 17 hat es die FDP verpasst, das 3-Säulen-System zu sichern. Die AHV soll zusammen mit den Ergänzungsleistungen die Existenz absichern. Die 2. Säule soll für die «angemessene» Weiterführung des gewohnten Lebensunterhaltes sorgen.

In der privat durchgeführten beruflichen Vorsorge spart jeder für sich. Wegen der im Obligatorium gesicherten Minimalrente ist der Umlageeffekt zwischen hohen und geringen Löhnen deutlich geringer als in der AHV. Die Sozialpartnerschaft sorgt darüber hinaus dafür, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Firmen Sorge zur sozialen Verantwortung tragen.

Die 2. Säule, und nicht die AHV muss getreu der Eigenverantwortung gefördert werden. Die AHV, die seit der 10. AHV-Revision auf dem Wege zur Individualrente ausgerichtet ist, darf nicht ausgebaut werden. Neue zusätzliche Mittel sollen nur dazu führen, dass die 1. Säule in der Zukunft gesichert ist. Dazu gehören strukturelle Massnahmen wie etwa die Erhöhung des Rentenalters. Die AHV ist den zukünftigen Herausforderungen des Arbeitsmarktes nicht gewachsen. Nur die 2. Säule ist flexibel und individuell ausgerichtet.

Wie es die SP nun mit der vorgesehenen Verstärkung der Umverteilung in der AHV durchgesetzt hat, werden mit der bevorstehenden AHV-Revision zwangsläufig Steuererhöhungen verbunden sein. Mit der Zustimmung zum Steuerdeal hat sich die FDP nicht nur von ihren Grundprinzipien entfernt. Sie wird zum Steigbügelhalter der Sozialisten. Warum haben die Freisinnigen die Verknüpfung unterstützt? Warum haben sie nicht den Mut gehabt, die Steuervorlage 17 dem Volk ohne AHV-Zückerchen vorzulegen? Haben die persönlichen Interessen an den Dividenden und Verwaltungsratsgehältern in grossen Konzernen derart überwogen, dass die FDP-Mehrheit im Nationalrat diesem Kuhhandel zugestimmt hat? Werner C. Hug ist Vorsorgeexperte.